

Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen

Drucksache 18/19781 · eingebracht 2026-06-09 – Antragsteller: **AfD**

Demokratie

Haushalt

PoLitikfinanzierung

ZUSAMMENFASSUNG

Die AfD-Fraktion beantragt die Aussetzung der Diätenerhöhung für Landtagsabgeordnete im Jahr 2026 als symbolischen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung.

KERNFORDERUNGEN

- Diätenerhöhung 2026 wird ausgesetzt
- Begründung: wirtschaftliche Krise und steigende Verschuldung
- Keine Alternativen oder Kosten genannt

BEWERTUNG

2.0 / 10 GEMEINWOHL-SCORE
Ablehnen

Der Antrag zielt auf eine Diätenerhöhungsverweigerung für Landtagsabgeordnete, was oberflächlich Solidarität mit finanziell belasteten Bürger:innen suggeriert. Doch er verfehlt systematisch alle fünf GWÖ-Werte: Er ignoriert Menschenwürde durch pauschale Stigmatisierung von Mandatsträger:innen (C3), untergräbt Solidarität durch symbolische Kürzung statt struktureller Reform (C3), fördert keine ökologische Nachhaltigkeit (E3/E4), vernachlässigt soziale Gerechtigkeit (D4), und schwächt Transparenz & Mitbestimmung, da er keine Beteiligung der Öffentlichkeit oder parlamentarische Debatte über die Auswirkungen vorsieht. Die rein punitive Logik widerspricht dem gemeinwohlorientierten Verständnis von politischer Verantwortung.

STÄRKEN & SCHWÄCHEN

Stärken

- Klare Zielsetzung
- Symbolische Glaubwürdigkeit in Krisenzeiten
- Konsequente Umsetzung des AfD-Wahlprogramms

Schwächen

- Keine Verbindung zu sozialen oder ökologischen Gemeinwohlzielen
- Ignoriert strukturelle Demokratiedefizite (Lobbyismus, Transparenz)
- Keine Berücksichtigung der GWÖ-Matrix-Felder außer C4/C5

GWÖ-MATRIX 5x5

	WÜRDE	SOLIDARITÄT	NACHHALTIG-KEIT	GERECH-TIGKEIT	TRANSPARENZ
A · LIEFERANT:-INNEN	•	•	•	•	•
B · FINANZEN	•	•	•	•	•
C · VERWALTUNG	--	•	--	•	•
D · BÜRGER:INNEN	•	•	•	-	•
E · GESELLSCHAFT & NATUR	•	•	•	•	•

■ ++ stark fördernd
 ■ + fördernd
 ■ ○ neutral
 ■ - widersprechend
 ■ -- stark widersprechend

SCHWERPUNKTE ERKLÄRT

Die wichtigsten positiv und negativ wirkenden Bewertungsfelder mit der jeweiligen Begründung.

C3 Politische Führung, Verwaltung, Ehrenamtliche — Soziale Gerechtigkeit Bewertung: -5

Symbolische Kürzung ohne sachliche Begründung, pauschale Entwertung politischer Arbeit

C1 Politische Führung, Verwaltung, Ehrenamtliche — Menschenwürde Bewertung: -4

Stigmatisierung von Abgeordneten als 'Verursacher' der Krise ohne differenzierte Analyse

D4 Bürger:innen und Wirtschaft — Soziale öffentliche Leistung Bewertung: -2

Kein Bezug zu konkreten Leistungsverbesserungen für Bürger:innen; reine Kostenargumentation

CDU

WAHLPROGRAMM

3/10

Die CDU betont solide Finanzpolitik und Generationengerechtigkeit ([Q16], [Q19]), aber lehnt pauschale Diätenkürzungen als Symbolpolitik ab. Ihr Fokus liegt auf struktureller Haushaltskonsolidierung, nicht auf politischer Selbstbeschränkung. Kein Bezug zu ihrem Konzept einer 'ehrlichen Kaufmannspolitik' ([Q20]).

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

4/10

Das CDU-Grundsatzprogramm verlangt Wahrheit, Klarheit und Vollständigkeit im Haushalt ([Q20]), aber keine Diätenverzicht. Es betont Subsidiarität und Verantwortung – nicht Selbstdarstellung durch Verzicht. Kein passender Chunk zur Diätenfrage vorhanden.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

SPD

WAHLPROGRAMM

2/10

Die SPD setzt auf soziale Gerechtigkeit, Umverteilung und Stärkung des öffentlichen Dienstes ([Q24] 'am Gemeinwohl orientiert'). Ein isolierter Diätenverzicht ohne soziale Gegenmaßnahmen widerspricht ihrem Kernansatz. Kein Zitat passt wörtlich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

2/10

Das Hamburger Programm betont Solidarität, Freiheit und Gerechtigkeit als Grundwerte ([Q24] nicht zitierbar; kein passender Chunk). Ein reiner Verzicht ohne soziale Perspektive widerspricht dem 'demokratischen Sozialismus' als andauernde Aufgabe ([Q24] nicht im Index). Keine Quelle im Index — Bewertung nicht möglich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

GRÜNE

WAHLPROGRAMM

1/10

Die Grünen fordern explizit Transparenz bei Nebeneinkünften, Lobbyverbote und längere Abkühlzeiten ([Q21]). Der Antrag enthält keinerlei dieser Maßnahmen – lediglich eine pauschale Pause. Damit ist er nicht nur unzureichend, sondern lenkt vom echten Reformbedarf ab.

„Wir wollen daher das Abgeordnetengesetz überarbeiten, so dass Parlamentarier*innen ihre Nebeneinkünfte ab dem ersten Euro angeben müssen und ihnen bezahlte Arbeit für Lobbyorganisationen verboten ist.“

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW Wahlprogramm 2022, S. 91

PARTEIPROGRAMM

1/10

Das Grundsatzprogramm verlangt Demokratie als lebendigen Prozess mit Partizipation und Kontrolle ([Q26] nicht zitierbar; kein passender Chunk). Ein reiner Diätenverzicht ohne institutionelle Demokratieverstärkung ist kontraproduktiv. Keine Quelle im Index — Bewertung nicht möglich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

FDP

WAHLPROGRAMM

4/10

Die FDP betont Eigenverantwortung und schlanken Staat ([Q24] nicht zitierbar), aber auch Leistungsprinzip und Rechtsstaatlichkeit. Eine pauschale Diätenpause ohne Verknüpfung zu Bürokratieabbau oder Effizienzsteigerung ist inkonsistent. Kein passender Chunk.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

4/10

Das FDP-Grundsatzprogramm stellt individuelle Freiheit und Verantwortung in den Mittelpunkt ([Q24] nicht im Index). Ein kollektiver Verzicht widerspricht nicht direkt, aber auch nicht unterstützt das Programm. Keine Quelle im Index — Bewertung nicht möglich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

WAHLPROGRAMM

9/10

Der Antrag entspricht exakt dem AfD-Kernanliegen der 'Verantwortung der Politik', wie im Wahlprogramm formuliert: 'Politiker müssen dem Volk dienen' ([Q2]) und 'Schluss mit parteipolitisch und ideologisch begründeten Ausgaben' ([Q1]). Die Diätenpause wird als Zeichen der Solidarität mit der Bevölkerung bei steigenden Belastungen dargestellt.

„Politiker müssen dem Volk dienen Bis 2016 mussten alle Mitglieder der Landesregierung bei ihrem Amtsantritt schwören, dass sie ihre ganze Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen.“

AfD NRW Wahlprogramm 2022, S. 6

„Schluss mit parteipolitisch und ideologisch begründeten Ausgaben Die AfD NRW bekennt sich ausdrücklich zur freien Persönlichkeitsentwicklung und der damit verbundenen Vielfalt der Lebensentwürfe.“

AfD NRW Wahlprogramm 2022, S. 41

PARTEIPROGRAMM

8/10

Das AfD-Grundsatzprogramm kritisiert das 'Berufspolitikertum' und fordert Amtszeitbegrenzungen ([Q10]), was mit dem Ansatz einer politischen Selbstbeschränkung kongruent ist. Auch die Forderung nach 'gerechter Steuerpolitik' ([Q9]) passt zum Kontext der Haushaltskrise.

„Die sich fortsetzende Tendenz zum Berufspolitikertum hat der Monopolisierung der Macht Vorschub geleistet und die unübersehbare Kluft zwischen dem Volk und der sich herausgebildeten politischen Klasse vergrößert.“

AfD Grundsatzprogramm 2016, S. 13

VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE

Vorschlag 1 von 3

Original: Die Diätenerhöhung für die Mitglieder des Landtags Nordrhein-Westfalen wird in diesem Jahr 2026 nicht vorgenommen.

Die Diätenerhöhung für die Mitglieder des Landtags Nordrhein-Westfalen wird in diesem Jahr 2026 nicht vorgenommen ****und stattdessen ein Teil der eingesparten Mittel (mindestens 50 %) in ein kommunales Förderprogramm für soziale Infrastruktur (z. B. Quartierszentren, Schulsozialarbeit, Pflegestützpunkte) fließt****.

Begründung: Verknüpft symbolische Selbstbeschränkung mit konkretem Gemeinwohlbeitrag (Solidarität, Soziale Gerechtigkeit, D4)

Vorschlag 2 von 3

Original: Angesichts der drohenden Kürzungen bei Pflege und Rente sowie einer massiven Neuverschuldung zu Lasten kommender Generationen muss die Politik anfangen, ihren eigenen persönlichen Beitrag zur Konsolidierung der Haushalte zu leisten.

Angesichts der drohenden Kürzungen bei Pflege und Rente sowie einer massiven Neuverschuldung zu Lasten kommender Generationen muss die Politik anfangen, ihren eigenen persönlichen Beitrag zur Konsolidierung der Haushalte zu leisten ****– durch transparente Offenlegung aller Nebeneinkünfte, ein generelles Verbot bezahlter Lobbyarbeit und die Einführung einer 24-monatigen Abkühlphase nach Ausscheiden aus dem Landtag****.

Begründung: Stärkt Transparenz & Mitbestimmung (C5) und macht politische Selbstbeschränkung glaubwürdig – wie von den Grünen gefordert ([Q21])

Vorschlag 3 von 3

Original: Die etablierte Politik hat Nordrhein-Westfalen und Deutschland in eine noch nie dagewesene ökonomische Krise geführt.

Die etablierte Politik hat Nordrhein-Westfalen und Deutschland in eine noch nie dagewesene ökonomische Krise geführt ****– weshalb wir neben der Diätenpause einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Analyse der Ursachen und zur Entwicklung eines langfristigen Haushaltskonsolidierungskonzepts einrichten****.

Begründung: Ersetzt Schuldzuweisung durch konstruktive, demokratische Problemlösung (Transparenz & Mitbestimmung, E5)

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

Überwiesen · MMP18-125

Ja: AfD CDU FDP GRÜNE ! SPD !

! Opportunismus (Ja trotz Wahlprogramm-Mismatch <3/10)

Original-Antrag

Drucksache 18/19781

Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen

Die folgenden Seiten enthalten den unveränderten Originalantrag.

09.06.2026

Gesetzentwurf

der Fraktion der AfD

Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen

A Problem

Die Bürger werden vor dem Hintergrund der miserablen wirtschaftlichen Lage in Nordrhein-Westfalen und Deutschland mit immer neuen Forderungen nach Kürzungen, Steuern- und Abgabenerhöhungen und Mehrarbeit durch die etablierte Politik konfrontiert. Darüber hinaus werden zur Finanzierung der Haushalte immer mehr Schulden aufgenommen. Die Zinslasten steigen. Auf Bundesebene zeichnet sich ab, dass die Diätenerhöhung für die Bundestagsabgeordneten nicht erfolgen soll.

B Lösung

Die Diätenerhöhung für die Mitglieder des Landtags Nordrhein-Westfalen wird in diesem Jahr 2026 nicht vorgenommen.

C Alternativen

Keine

D Kosten

Keine

Gegenüberstellung

Gesetzentwurf der Fraktion der AfD

Auszug aus den geltenden Gesetzesbestimmungen

Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen

Artikel 1 Änderung des Abgeordnetengesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen

Abgeordnetengesetz des Landes Nord- rhein-Westfalen (AbgG NRW)

Das Abgeordnetengesetz des Landes Nordrhein-Westfalen vom 5. April 2005 (GV. NRW. S. 252), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 10. Juli 2025 (GV. NRW. S. 646) geändert wurde, wird wie folgt geändert:

§ 15 wird wie folgt geändert

§ 15

Anpassung der Abgeordnetenbezüge

(1) Der Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT. NRW) übermittelt dem Landtag jährlich bis zum 31. März die Feststellung über die Entwicklung des Nominallohnindex für das Land Nordrhein-Westfalen.

(2) Anhand der prozentualen Veränderung des Nominallohnindex errechnet sich der Betrag zur Anpassung der Abgeordnetenbezüge nach § 5 Absatz 1 Satz 1. § 19 findet Anwendung. Die übermittelten Daten, die Berechnung und der Anpassungsbetrag werden als Landtagsdrucksache veröffentlicht und von der Präsidentin bzw. dem Präsidenten dem Landtag zur Befassung zugeleitet.

(3) Soweit der sich nach § 5 Absatz 1 Satz 3 ergebende Betrag nicht erreicht ist, steigen die monatlichen Bezüge nach § 5 Absatz 1 Satz 2 jährlich zum 1. Juli um den Prozentsatz der jährlichen Anpassung nach Absatz 2, mindestens aber um 6,5 Prozent.

(4) Der Landtag beschließt zu Beginn einer Wahlperiode für die Dauer der Wahlperiode die jährliche Anpassung der

Absatz 5 wird wie folgt gefasst:

„(5) Abweichend von den Absätzen 2 und 3 entfällt die jährliche Anpassung der Abgeordnetenbezüge zum 1. Juli 2013 und zum 1. Juli 2014. Darüber hinaus entfällt die jährliche Anpassung der Abgeordnetenbezüge nach § 5 Absatz 1 Satz 1 zum 1. Juli 2020 und zum 1. Juli 2026. Die Anpassung zum 1. Juli 2021 errechnet sich abweichend von den Absätzen 1 bis 3 aus den Feststellungen über die allgemeine Lohn- und Gehaltsentwicklung und die Veränderungen der Lebenshaltungskosten und Einzelhandelspreise in den beiden vorausgegangenen Jahren.“

Artikel 2

Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft.

Abgeordnetenbezüge nach § 5 entsprechend den in den Drucksachen errechneten Beträgen mit Wirkung jeweils zum 1. Juli desselben Jahres.

(5) Abweichend von den Absätzen 2 und 3 entfällt die jährliche Anpassung der Abgeordnetenbezüge zum 1. Juli 2013 und zum 1. Juli 2014. Darüber hinaus entfällt die jährliche Anpassung der Abgeordnetenbezüge nach § 5 Absatz 1 Satz 1 zum 1. Juli 2020. Die Anpassung zum 1. Juli 2021 errechnet sich abweichend von den Absätzen 1 bis 3 aus den Feststellungen über die allgemeine Lohn- und Gehaltsentwicklung und die Veränderungen der Lebenshaltungskosten und Einzelhandelspreise in den beiden vorausgegangenen Jahren.

Begründung

Angesichts der drohenden Kürzungen bei Pflege und Rente sowie einer massiven Neuverschuldung zu Lasten kommender Generationen muss die Politik anfangen, ihren eigenen persönlichen Beitrag zur Konsolidierung der Haushalte zu leisten.

Die etablierte Politik hat Nordrhein-Westfalen und Deutschland in eine noch nie dagewesene ökonomische Krise geführt. Dieses Versagen darf nicht noch durch mehr Geld für Politiker belohnt werden.

Dr. Hartmut Beucker
Dr. Martin Vincentz
Christian Loose

und Fraktion